



Bericht des Stadtrates an den Gemeinderat

184197 / 755.40

Auftrag **SP-Fraktion und Mitunterzeichnende**

betreffend

"Aufarbeitungsstrategie Brandanschlag Chur 1989"

Antrag

Der Auftrag sei im Sinne der Erwägungen zu überweisen.

Begründung

1. Ausgangslage

Am 2. Juli 1989 kamen bei einem Brand einer Asylunterkunft an der Alexanderstrasse 38 vier Personen aus Sri Lanka, darunter zwei Kinder ums Leben. 11 Personen wurden teilweise schwer verletzt. Bei den polizeilichen Ermittlungen stand Brandstiftung als Brandursache im Vordergrund. Die Staatsanwaltschaft Graubünden stellte das Verfahren am 2. April 1991 ein, weil keine Täterschaft ermittelt werden konnte. Bei zwei weiteren Bränden in einem Churer Durchgangsheim für Asylbewerber an der Loëstrasse Anfangs August 1989 wurde Brandstiftung als Ursache ermittelt. Bereits im November des vorangehenden Jahres wurde in Klosters in einer als Bundesasylzentrum geplanten Containersiedlung Feuer gelegt.

Vor diesem Hintergrund reichte Gemeinderat Jean-Pierre Menge an der Gemeinderats-sitzung am 7. März 2024 seine Interpellation betreffend Anbringung einer Tafel in Geden-ken der Opfer des Brandes an der Liegenschaft Alexanderstrasse 38 ein. Es erscheine angebracht, ein Zeichen gegen fremdenfeindliche und rechtsextreme Gesinnung zu





setzen, indem in Gedenken an die Opfer des Brandes eine Gedenktafel im Bereich Alexanderstrasse 38 / Salisstrasse angebracht wird.

In seiner Antwort vom 14. August 2024 anerkannte der Stadtrat den Wunsch zur Aufarbeitung des Brandes vom 2. Juli 1989 und dessen Opfer. Rassismus dürfe in keiner Art und Weise toleriert werden und müsse an den Wurzeln angepackt werden. Deshalb begrüsst er jedes Zeichen gegen Rassismus. Als wichtige Massnahme zur Bekämpfung von Rassismus beurteilte er die Sensibilisierung und Wissensvermittlung, um Alltagsrassismus und Benachteiligungen auch struktureller Art zu Vermeiden und Betroffene besser zu schützen. Deshalb stellte der Stadtrat in Aussicht, Veranstaltungen und Angebote zur Sensibilisierung und Bekämpfung von Rassismus kommunikativ verstärkt aufzunehmen. Von der Errichtung einer Gedenktafel für den Brand von 1989 und dessen Opfer, aber auch einer generellen Gedenktafel gegen Rassismus mit Bezug zum Brand von 1989 wollte der Stadtrat absehen. Dies auch aus dem Grund, dass thematische Gedenktafeln in Chur – wie es in Bezug auf Rassismus auch der Fall wäre – durch den Kanton errichtet wurden wie beispielsweise der Ort der Erinnerung Prasserie Chur beim Waldhausstall oder das Vazeroldenkmal. Er gab zudem zu bedenken, dass der tragische und nicht tolerierbare Fall selber inzwischen 35 Jahre zurück liegt und es seither keine vergleichbaren Fälle mit rassistischem Hintergrund gab. Einzelfälle ohne rassistischen Hintergrund – jedoch mit ebenso tragischem Ausmass – müssten gleichwohl evaluiert werden.

Am 17. Januar 2025 berichtete das Magazin (TA Media) unter dem Titel «Haben Neonazis in Chur zwei tamilische Buben getötet?» über den Brand an der Alexanderstrasse in Chur im Jahr 1989. Der Bericht warf Fragen auf, insbesondere in Bezug auf einen möglichen rechtsextremen Hintergrund und eine ungenügende behördliche Untersuchung und Aufarbeitung des Vorfalls.

An der Gemeinderatssitzung vom 30. Januar 2025 reichte die SP-Fraktion und Mitunterzeichnende den Auftrag betreffend "Aufarbeitungsstrategie Brandanschlag Chur 1989" ein. Aufgrund der neuen Erkenntnisse durch die Recherchen der Medienschaffenden des Magazins wird der Stadtrat aufgefordert, folgende Massnahmen zur Aufarbeitung der Vorkommnisse im Kontext mit dem tragischen Brandanschlag im Juli 1989 zu treffen:

- Die Ausarbeitung einer Studie, welche den gesellschaftlichen Kontext analysiert, in dem sich diese Vorkommnisse abgespielt haben, sofern die erwähnten Recherchen der Medien als nicht genügend erachtet werden.
- Ausgehend von den Erkenntnissen der Studie oder der Recherchen der Medien sind konkrete Massnahmen zur Erinnerungskultur zu ergreifen, um dem Vergessen und



dem Verdrängen dieser tragischen Ereignisse entgegenzuwirken. Dies könnte beispielsweise durch die Errichtung einer Gedenktafel am Tatort geschehen.

- Sollte der Stadtrat von der Ausarbeitung einer Studie absehen, welche anderen Massnahmen zur Aufarbeitung zieht er in Erwägung?

2. Massnahmen zur Aufarbeitung

Der Bericht des Magazins vom 17. Januar 2025 wirft in Zusammenhang mit dem Brand von 1989 Fragen insbesondere in Bezug auf einen möglichen rechtsextremen Hintergrund und eine ungenügende behördliche Untersuchung und Aufarbeitung des Vorfalls auf. Es wird von gravierenden Versäumnissen der Bündner Justiz gesprochen, die jetzt aufgearbeitet werden müssen. Es brauche eine Untersuchungskommission, die sich damit auseinandersetze, was 1989 in Chur passiert sei. Welche Fehler bei der Polizei und Staatsanwaltschaft gemacht wurden. Und es solle eine breite Erinnerungsarbeit zum Rechtsextremismus in der Schweiz eingeleitet werden.

Der Stadtrat ist sehr an einer über die Recherchen der Medien hinausgehenden historischen Aufarbeitung interessiert. Diese Arbeit muss aber geografisch wie inhaltlich breit geführt werden. Der gesellschaftliche Kontext, in dem sich die Brandanschläge an der Alexanderstrasse und auf weitere Bündner Asylunterkünfte abgespielt haben, war keine Bündner Eigenheit. Rassismus und rassistische Diskriminierung waren 1989 und sind heute überall in der Gesellschaft und in der ganzen Schweiz anzutreffen. Diese Arbeit kann aber nicht der Stadtrat oder die Verwaltung leisten. Deshalb ermutigt der Stadtrat die Geschichtsforschung, den Brandanschlag in Chur aufzuarbeiten und in den historischen Kontext zu stellen. Dazu soll schweizerischen Lehrstühlen für Zeitgeschichte das Thema vorgeschlagen werden.

Sowohl die Untersuchung der Brandursache wie auch die weiteren Ermittlungsarbeiten durch die Polizei und Bündner Justiz lagen in der Verantwortung von kantonalen Behörden. Eine allfällige politische Aufarbeitung müsste deshalb durch den Kanton erfolgen. Der Stadtrat verweist diesbezüglich auf die Antwort der Bündner Regierung auf die Frage Rutishauser betreffend Brand an der Alexanderstrasse in Chur von 1989 anlässlich der Fragestunde der Februarsession 2025 des Grossen Rates (vgl. Aktenaufgabe).

Unabhängig von der historischen und politischen Aufarbeitung des Brandanschlags von 1989 prüft der Stadtrat konkrete Massnahmen zur Förderung der Erinnerungskultur. Darüber hinaus unterstützt der Stadtrat Massnahmen zur Bekämpfung von Rassismus. Als wichtige Massnahme erachtet er die Sensibilisierung und Wissensvermittlung, um



Alltagsrassismus und Benachteiligungen auch struktureller Art zu vermeiden und Betroffene besser zu schützen.

2.1 Gedenktafel oder Gedenkstele

Die demokratische Gesellschaft lebt von den Lehren der Vergangenheit. Dazu bedarf es der Aufklärung über Fakten und der Empathie für die Opfer. Dazu dienen symbolische Zeichen im öffentlichen Raum und authentische Orte als Gedenkstätten und Möglichkeiten des Lernens. Deshalb beabsichtigt der Stadtrat an der Alexanderstrasse 38 oder in unmittelbarer Nähe eine Gedenktafel für den Brand von 1989 und dessen Opfer anzubringen. Alternativ könnte auch eine Gedenkstele angebracht werden, die an die Opfer erinnert und die Hintergründe des Vorfalls darstellt. Ein QR-Code auf der Gedenktafel bzw. -stele soll zu weiterführenden Informationen auf der Homepage der Stadt zum Brand von 1989 sowie zur gesellschaftlichen Einordnung führen.

2.2 Gedenkveranstaltung

Nach dem Anbringen der Gedenktafel / -stele soll diese mittels einer Gedenkveranstaltung anlässlich des Jahrestages des Brandes offiziell eingeweiht werden. Zur Gedenkveranstaltung sollen neben den Angehörigen und städtischen Vertreterinnen und Vertretern auch der tamilische Kulturverein Chur eingeladen werden. Der Programmablauf soll in enger Zusammenarbeit mit diesem beziehungsweise dem tamilischen Tempel in Zizers gestaltet werden.

2.3 Benennung namenlose Gasse

Darüber hinaus prüft der Stadtrat, ob die bisher namenlose Gasse parallel zur Alexanderstrasse (Verbindung Rigastrasse - Salisstrasse) in Erinnerung den Brand von 1989 und dessen Opfer benannt werden soll. Dies würde ein starkes Zeichen der Erinnerungskultur darstellen, da der Namen dauerhaft im öffentlichen Raum sichtbar bleibt und im Alltag die Aufmerksamkeit auf das Ereignis lenkt.



3. Fazit

Der Brandanschlag von 1989 an der Alexanderstrasse, bei dem vier Menschen aus Sri Lanka – darunter zwei Kinder – ums Leben kamen, stellt ein erschütterndes Kapitel der Stadtgeschichte dar. Der Verdacht auf einen rechtsextremen Hintergrund und die ungenügende behördliche Aufarbeitung sind ein politisches und moralisches Versagen, das nicht länger ignoriert werden darf. In einer Zeit, in der rassistische und rechtsextreme Tendenzen in Europa und der Schweiz wieder zunehmen, sieht sich der Stadtrat in der Pflicht, klare Zeichen zu setzen.

Die Stadt Chur muss sich ihrer historischen Verantwortung stellen – nicht mit symbolischer Zurückhaltung, sondern mit Entschlossenheit und Haltung. Die Errichtung einer Gedenktafel oder Gedenkstele am Ort des Geschehens ist ein erster, überfälliger Schritt, um die Opfer sichtbar zu ehren und öffentlich ein Zeichen gegen Rassismus, Ausgrenzung und das kollektive Vergessen zu setzen.

Begleitet werden soll dieses sichtbare Zeichen durch eine offizielle Gedenkveranstaltung und – sofern realisierbar – durch die Benennung einer bislang namenlosen Gasse in unmittelbarer Nähe zum Tatort. Gemeinsam mit der tamilischen Community, den



Angehörigen sowie Vertreterinnen und Vertretern der Stadt soll so ein Raum der Würdigung, der Mahnung und des Lernens geschaffen werden. Denn eine offene, demokratische Gesellschaft lebt vom Erinnern – und von der Bereitschaft, Unrecht zu benennen und ihm entschlossen entgegenzutreten.

Aus den erwähnten Gründen beantragt Ihnen der Stadtrat, sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, den Auftrag im Sinne der Erwägungen zu überweisen.

Chur, 29. April 2025

Namens des Stadtrates

Der Stadtpräsident

Der Stadtschreiber

Hans Martin Meuli

Marco Michel

Aktenauflage

- Antwort zur Interpellation Jean-Pierre Menge und Mitunterzeichnende betreffend Anbringung einer Tafel in Gedenken der Opfer des Brandes in der Liegenschaft Alexanderstrasse 38
- Auszug Wortlautprotokoll Grosser Rat 12.02.2025 Vormittag
- Programm Aktionswoche gegen Rassismus Graubünden 2025

SP Fraktion
Gemeinderat Chur

Eingang:	GR-Sitzung vom 30.01.25
Geht an:
zur
Kopie an:
Stadtkanzlei:	<i>H. Michel</i>
Chur,



Auftrag: «Aufarbeitungsstrategie Brandanschlag Chur 1989»

Im Juli 1989 ereignete sich bekanntlich ein verheerender Brand in der Asylunterkunft an der Alexanderstrasse, bei dem vier Menschen ums Leben kamen; 2 Kinder im Alter von 10 und 11 Jahren sowie 2 Männer im Alter von 18 und 40 Jahren.

Im März des vergangenen Jahres forderte unser ehemaliger Gemeinderatskollege Jean-Pierre Menge in einer Interpellation, den Opfern mit einer Gedenktafel zu gedenken. Der Stadtrat lehnte die Errichtung einer Gedenktafel ab, um keinen Präzedenzfall zu schaffen, auch wenn es sich vermutlich um eine rassistisch motivierte Tat gehandelt habe. Der damalige Stadtrat befürchtete, dass dadurch zu viele Gedenktafeln in der Stadt Chur entstehen könnten.

Nun haben vertiefte Recherchen von Medienschaffenden, darunter das Magazin des Tages-Anzeigers, zahlreiche Details der Ereignisse ans Licht gebracht. Diese zeigen, dass Kantonspolizei, Staatsanwaltschaft und Kantonsgericht in diesem Fall nicht nur nachlässig arbeiteten, sondern auch grundlegende Untersuchungsmaximen verletzen. Auf mehreren Ebenen kam es zu Versäumnissen.

So wurde in der Brandnacht nahezu keine Zeugenbefragung durchgeführt, obwohl bekannt ist, dass sich Täter oft unter den Schaulustigen befinden. Jemand meldete etwa, dass Benzin aus seinem Auto, das in unmittelbarer Nähe der abgebrannten Unterkunft geparkt war, gestohlen wurde und der Tankdeckel fehlte. Dennoch wurden weder Fingerabdrücke am Fahrzeug genommen noch entsprechende Ermittlungen eingeleitet. Ähnlich verhielt es sich mit sogenannten "Anti-Tamilen-Flugblättern", bei denen ebenfalls keine forensischen Analysen wie die Abnahme von Fingerabdrücken durchgeführt oder Druckereien überprüft wurden.

Der Bericht der Forensiker der Zürcher Stadtpolizei ergab keinen Hinweis auf einen Unfall als Brandursache, vielmehr stehe eine Brandstiftung im Vordergrund. Dieser Bericht erreichte Chur am 10. Oktober 1989, 5 Tage nachdem die Sonderkommission ihre Auflösung beantragt hatte. Die Ermittlungen wurden somit eingestellt, noch bevor die forensischen Erkenntnisse vollständig vorlagen. Die Untersuchungen wurden nach nur 3 Monaten abgeschlossen.

Erwähnenswert ist weiter, dass es in einem Jahr 4 Brände in Flüchtlingsunterkünften in Graubünden gab, die jeweils mit einem Brandbeschleuniger im Eingangsbereich ausgelöst wurden. Nach dem Brand an der Alexanderstrasse tauchte ein Bekenner schreiben mit rassistischen Inhalten auf. Ende der 80-er Jahre und in den frühen 1990-er existierte in Graubünden eine gut organisierte und aktive Neonazi-Szene, deren rassistisches Gedankengut sich stark gegen tamilisch-stämmige Menschen richtete.

Nach heutigem Erkenntnisstand ist eine rassistisch motivierte Brandstiftung als sehr wahrscheinlich anzunehmen. Die Ereignisse der Brandnacht vom 2. Juli 1989, die den Tod von 4 Menschen zur Folge hatten, wiegen schwer. Auch die damaligen behördlichen Versäumnisse und Unterlassungen können nicht rückgängig gemacht werden. Es ist jedoch unsere Pflicht als multikulturelle Gesellschaft, aus Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Dies bedingt, dass wir uns daran erinnern und den Opfern ihre Namen geben. So können wir für unser Handeln in der Gegenwart und in Zukunft die richtigen Schlüsse ziehen und Verantwortung übernehmen.

Die SP fordert aufgrund der neuen Erkenntnisse den Stadtrat auf, folgende Massnahmen zur Aufarbeitung der Vorkommnisse im Kontext mit dem tragischen Brandanschlag im Juli 1989 zu treffen:

- Die Ausarbeitung einer Studie, welche den gesellschaftlichen Kontext analysiert, in dem sich diese Vorkommnisse abgespielt haben, sofern die erwähnten Recherchen der Medien als nicht genügend erachtet werden.
- Ausgehend von den Erkenntnissen der Studie oder der Recherchen der Medien sind konkrete Massnahmen zur Erinnerungskultur zu ergreifen, um dem Vergessen und dem Verdrängen dieser tragischen Ereignisse entgegenzuwirken. Dies könnte beispielsweise durch die Errichtung einer Gedenktafel am Tatort geschehen.
- Sollte der Stadtrat von der Ausarbeitung einer Studie absehen, welche anderen Massnahmen zur Aufarbeitung zieht er in Erwägung?

Chur, 30. Januar 2025



Kiran Trost



Giulia Casale



Gemeinderat

Beiblatt zu parlamentarischen Vorstössen

Auftrag

Interpellation

Titel Aufarbeitungsstrategie Brandanschlag Chur „1989“

Erstunterzeichnende/r (ankreuzen)

-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-

Name	Partei	eingesehen (Visum)	Unterschrift
Adank-Arioli Sandra	SVP		
Brüesch Flavia	Freie Liste & Grüne		
Cabalzar Corina	SP		
Cangemi Vincenzo	SP		
Carigiet Fitzgerald Angela	SP		
Casale Giulia	SP		
Curschellas Silvio	Die Mitte		
Danuser Géraldine	GLP	G.D.	
Good Rainer	FDP		
Hegner Walter	SVP		
Kamber Peter	SVP		
Liesch Leonie	Die Mitte		
Lütscher Daniel	FDP		
Meyer Johannes	GLP		
Nett Schatz Martina	Freie Liste & Grüne		
Salis Johann Ulrich	SVP		
Schneider Tino	Die Mitte	T.S.	
Schnoz Andi	Freie Liste & Grüne		
Trost Kiran	SP		
Weingart Giancarlo	FDP		
Z'Graggen Sandy	FDP		

Datum: 30.01.2025